



Ostbevern, 14.02.2023

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2023

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger Ostbeverns,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates, Herr Bürgermeister,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sehr geehrte Vertreter der Presse!

Wir sind die gewählten Vertreter/innen in einer repräsentativen Demokratie - hier für die Gemeinde Ostbevern! - und wir haben deshalb den Auftrag und die Pflicht, für die Bürger/innen der Gemeinde Ostbevern nach den Haushaltsgrundsätzen mit den Finanzen sorgsam, sparsam und wirtschaftlich umzugehen.

Diese Vorgaben halten wir mit Nichten ein:

Schon die Einbringung dieses Haushaltes 2023 durch den Bürgermeister erfolgt defizitär. 930 T€ Unterdeckung werden ungeniert dargelegt. Sollen es doch die Politiker richten, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen! Und: keiner hat sich auch nur im Ansatz darum bemüht, das Haushaltsloch zu stopfen.

Zugegebener Weise müssen auch wir für uns eingestehen, dass wir uns verleiten lassen haben, durch zu viel „Klein Klein“ das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes aus den Augen verloren zu haben. Dazu beigetragen hat die späte Einbringung des Haushaltes und dem daraus entstandenen Zeitdruck, aber vor allem die fehlende Transparenz der Zahlen im Haushalt.

Durch Rückstellungen und Rücklagen, der Übertragung von – im Vorjahr nicht ausgenutzten - Haushaltsansätzen in den nächsten Haushalt und der Manier der Verwaltung, für den aktuellen Haushalt zu hohe Kostenansätze vorzuschlagen, verliert der Haushaltsentwurf für unsere Fraktion erheblich an Glaubwürdigkeit. Der Entwurf der Jahresrechnung 2021 beweist es uns doch mehr denn je: statt der im Haushalt vorgeschlagenen Ausgaben- und Investitionskostenansätze werden wesentlich niedrigere Zahlen testiert. Gott sei Dank führte das zu einem deutlichen Jahresüberschuss.

Doch – woran liegt das? Konnten die zahlenmäßigen Vorgaben nicht abgearbeitet werden, weil die Kapazitäten in der Verwaltung dafür fehlen? Oder ist es nicht so, dass bei der Haushaltsaufstellung jegliches Augenmaß für Realität verloren gegangen ist? Sollen die Ansätze nur Placebo für den Nutznießer werden? Oder wollen sich die jeweiligen Fachbereiche einfach nur genügend Spielraum verschaffen, damit es bei der Realisierung heißen kann:

„Wir sind aber immer noch unter dem Ansatz geblieben“! Haushaltsplanungen sind doch keine „Wünsch Dir was!“ Nehmen wir das Beispiel des Investitionskostenansatzes für das geplante Feuerwehrhaus im Brock.

Keinen genehmigungsfähigen Plan, den Feuerwehr-Standort nur optional festgelegt, die Größe des Bauvorhabens noch nicht der aktuellen Entwicklung angepasst, veranschlagt die Verwaltung für



dieses Haushaltsjahr 3.5 Mio.€. Realisiert werden kann diese Projekt aus den vorgenannten Gründen jedoch in 2023 nicht. Der Feuerwehr wird aber ein optimistisches Bild vermittelt, welches mit der Haushaltswahrheit und – Haushaltsklarheit nicht übereinstimmt.

Wir machen das für den nächsten Haushalt nicht mehr mit!

Apropos: Wie vorhin schon herausgestellt: “keiner hat sich auch nur im Ansatz darum bemüht, das Haushaltsloch zu stopfen“!

Es wurden durch 49 Fraktionsanträge (im Vorjahr waren es noch 40) die Haushaltsansätze ergänzt und ganz neue Ansätze beantragt.

Fehl am Platze sind die Fraktionsanträge, die nichts mit der Aufstellung des Haushaltes zu tun haben, uns dazu verleiten, sich in dem Unwesentlichen zu verstricken und sich nur als parteipolitische Positionierung entpuppen. Für den Haushaltsansatz ist es beispielsweise nicht wichtig, Anträge einzureichen, um zu diskutieren, wie herum Parkbänke auf Kinderspielplätze platziert werden sollen. Diese Diskussionen verleiten uns dazu, das so wichtige „Große Ganze“, den ausgeglichenen Gesamthaushalt, aus dem Focus zu verlieren. Denn darum sollte es doch eigentlich gehen!

Als CDU dürfen wir herausstellen, dass wir lediglich 5 Fraktionsanträge mit haushaltsrelevanten Sachverhalten gestellt haben, deren Ergebnisse durchgebracht wurden oder zu sinnvollen Kompromissen geführt haben. Wir sind hier nicht engstirnig auf unsere Position verharret geblieben.

Das selbstgesteckte Ziel von uns Politikern, die Haushaltsreden im zeitlichen Vortrag nicht überzustrapazieren, zwingt uns dazu, nur stichprobenhaltig auf die wesentlichen Punkte einzugehen:

Kindergartenplätze:

Seit nahezu 3 Jahren nutzen wir das Provisorium einer Modul-Kita im Baugebiet Kohkamp III. Mit der jetzigen Fertigstellung der neuen Kita an der Bahnhofstraße haben wir den ersten wichtigen Schritt realisiert, für neue Kita-Plätze zu sorgen. Heinz-Hugo Horstmann hat zu Zeiten, wo keiner in Ostbevern bereit war, Kita-Plätze zu bauen, gezeigt, dass private Investoren – gegenüber der Kommune - einfach die mutigeren – und in der Realisierung schnelleren - Bauherren sind.

Als schon keiner in der Gemeinde Ostbevern mehr daran glaubte, ein weiteres Investorenmodell für die Errichtung einer Kindertagesstätte zu gewinnen, ist es der Beharrlichkeit des Bürgermeisters zu verdanken, eine weitere neue Kita im Baugebiet Kohkamp III entstehen zu lassen. Dank sei hier allen Akteuren gesagt, die weitsichtig und besonnen an dem Ausschreibungs- und Bewertungsverfahren beteiligt waren. Für die Kommune ist das Investorenmodell als die risikoärmste und wirtschaftlichste Variante zu sehen.



Kindergartenplätze gibt es in Ostbevern immer noch nicht genug. Deshalb ist der geplante Ankauf der bisher gemieteten Modul-Kita allemal günstiger, als weiterhin Miete zahlen zu müssen. Ärgerlich ist die Auffassung der anderen drei Fraktionen, für den Ankauf der bisher lediglich gemieteten Pavillon-Module als Übergangs-Kita keinen adäquaten Haushaltsansatz einstellen zu müssen. Hier lassen Sie erneut - den von ihnen ins Amt gehobenen - Bürgermeister im Stich.

Berechtigt hatte Bürgermeister Piochowiak dafür plädiert, 550.000 € für den Ankauf der Pavillons in den Haushalt 2023 einzustellen, um den bisher erfolgreich geführten Verkaufsverhandlungen Taten folgen lassen zu können. Auch die Offenbarung der Nachverhandlungen über die Kaufpreisfindung konnten die Fraktionsvertreter von Grüne, FDP und SPD nicht überzeugen, ihren Bürgermeister eine Verhandlungsbasis zu bewilligen.

Stattdessen heben sie hervor, dass der Landrat es nicht wagen wird, die Container - zugunsten anderer Kommunen im Kreis Warendorf, die über die Kreisumlage die Container mitfinanziert haben – abholen zu lassen. „Das wird der Landrat nicht wagen!“ mutmaßen die Fraktionsvertreter. Für derartige anvisierte Pokerspiele ist die CDU nicht zu haben.

Bei aller differenzierten Auffassung zu den Entscheidungen aus der Kreisverwaltung muss die Ausgangssituation von Verhandlungen – durch die Bildung des Haushaltsansatzes - berechenbar sein und fair bleiben. Wir begrüßen die Aussage unseres Bürgermeisters, dass es in der nächsten Bürgermeisterrunde auf Kreisebene erneute Gespräche über die Finanzierung von Kindergartenplätzen geben wird. So fordert und fördert Kommunalpolitik die Abstimmung mit der Kreispolitik.

Miteinander zu reden ist immer besser und zielführender als übereinander zu reden!

Baulandentwicklung:

Wie vom Bürgermeister im Rahmen der Haushaltseinbringung 2022 schon benannt, stocken viele infrastrukturelle Bau- und Planungsprojekte aufgrund der fehlenden Ausgleichs- und Entwässerungsflächen. Hier konnte bis heute - mit der Anpachtung einer Fläche für den „Ökologischen Ausgleich“- nur der 1. Schritt in die richtige Richtung eingeschlagen werden. Um hier größeren Schaden von der Gemeinde, Investoren und privaten Bauherren abzuwenden, ist ein schnelles Sicherstellen der genannten Flächen – und weiteren zu entwickelnden Flächen - unumgänglich.

Baugrundstücke sind dank der vorausschauenden Baulandplanung vorhanden – wenn es auch lange gedauert hat, für das Baugebiet Wischhausstraße die immer wieder in Frage gestellten B-Planfaktoren endlich zu benennen. Wir müssen den Grundstückseigentümern endlich die Gewissheit geben, wann sie bauen können bzw. dem Kämmerer der Gemeinde die Möglichkeit einräumen, aus „Grund und Boden“ wieder Geld zu machen.

Mehrfamilienhausgrundstücke müssen eine höhere Ausnutzung hergeben und möglichst mit „Fördergeldern“ errichtet werden, damit Ostbevern wieder „sozialverträgliche Mieten“ auch „Ostbeveraner Bürgern“ anbieten kann. Es dauert viel zu lange, auf die Gründung einer „gemeindeübergreifenden“ Wohnbaugesellschaft zu setzen. Das Investorenmodell für die Errichtung der Kitas hat gezeigt, dass Investoren für Mietwohnungen auch in den „jetzigen Zeiten“ zu finden sind.



Gewerbegebiete sind das wirtschaftliche Fundament unserer Gemeinde. Die Entwicklung des Gewerbegebiets – West ist ein Desaster. Wesentliche Informationen, die eine Realisierung des Gewerbegebietes betreffen, wurden auch nach explizierter Nachfrage der Politik vorenthalten. Vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus.

Fehlende Gewerbesteuererinnahmen hemmen aber die Entwicklung der Gemeinde. Wir können da nicht auf den Ausgleich durch Schlüsselzuweisungen setzen. Aus Sicht der CDU ist es unumgänglich, zeitnah für neue Möglichkeiten der Gewerbe -ansiedlung, -verlagerung und –erweiterung zu sorgen. Das gilt insbesondere auch für notwendige Änderung von vorhandenen B-Plänen. Zu lange warten Expansionswillige Investoren auf behördliche Dienstleistungen.

Wir begrüßen insofern die Haushaltsansätze für die Planung und den Ankauf von potentiellen Flächen um Ostbevern auch in der gewerblichen Entwicklung weiter voranzubringen.

Der Regionalplan – der sich zurzeit in der Offenlegung befindet – kann in der jetzigen Form ebenfalls nur bedingt Abhilfe schaffen. Wir fordern die Verantwortlichen in den Verwaltungen und der höheren Politik auf, uns darin zu unterstützen, dass wir echte Potenzialflächen rund um den Bahnhof Ostbevern dafür ausweisen dürfen. Hier drängt die Zeit, da die Stellungnahmen der Kommunen bis zum 30.09.2023 erfolgen muss.

Bauprojekte:

Die von der Verwaltung immer wieder neu vorgetragenen Erkenntnisse zum Bau des Feuerwehrgerätehauses im Brock haben im vergangenen Jahr bestätigt, dass dieses Projekt in der seit Jahren geplanten Form nicht realisiert werden kann.

Da ein für den Ortsteil Brock – nach Aussagen der Feuerwehr – erforderlicher Einsatzleitwagen schon vorhanden ist, aber zurzeit keinen Platz in der vorhandenen Feuerwehrliegenschaft hat, ist diese um einen vorübergehenden Einstellplatz zu erweitern. Damit wird auch die Sicherheit für die Feuerwehrkameraden erhöht, die sich in der Hauptfahrgughalle während des Ausrückens des Hilfe-Lösch-Fahrzeuges dort einkleiden müssen. Dem Bauvorhaben und dessen Zusatzausgaben konnten wir nur zustimmen, weil eine Nachfolgenutzung durch den Malteser-Hilfsdienst verwaltungsseitig abgeklärt wurde.

So wird dieses Etappenziel ein Teil der anvisierten „Großen Lösung“. Die Malteser erhalten für ihre Fahrzeuge später das jetzige Feuerwehrgerätehaus. Hinsichtlich der zeitnah geplanten Realisierung des neuen Feuerwehrhauses sind sie bei den Einstellplätzen mit dem „First Responder - Fahrzeug“ berücksichtigt.

Da eine neue Standortanalyse für das Feuerwehrhaus im Brock keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Eingreifzeiten im Brandfall gebracht hat, plädiert die CDU dafür, insbesondere über einen neuen Standort an der Zufahrtsstraße Richtung Ostbevern nachzudenken. Immissions- und spätere Erweiterungsgründe sprechen dafür, über einen günstigeren -als den bisher gewählten - Standort an der Ladbergener Str. nachzudenken. Das jetzige Grundstück könnte dann für eine seit Jahren nicht gefundene Lösung der Niederschlagsentwässerung im Ortsteil Brock dienen. Die TEO hätte der Gemeinde das Grundstück abzukaufen.



Das Projekt „Eine neue Mitte für Ostbevern“ kann nur realisiert werden, weil die CDU geschlossen hinter der Idee und Realisierung steht, endlich – nach 13 Jahren der Beratung an „runden“ und „eckigen“ Tischen - den Ortskern durch eine Neugestaltung mehr Aufenthaltsqualität zu geben. Wieder einmal wird der Bürgermeister von den Fraktionen im Stich gelassen, die ihn zuvor auf den Thron des Bürgermeisters gehoben haben. Hier zahlt sich für Sie Herr Bürgermeister aus, dass wir ihnen zugesagt haben, Sie in jeder „guten Sache“ zu unterstützen, auch wenn ihnen aus dem eigenen Lager die Stimmen zur Mehrheitsfindung fehlen.

An diesem Projekt“...Ostbeverns neue Mitte“ werden wir alle uns 2025 messen lassen müssen, wenn Neuwahlen in Ostbevern anstehen.

Wie wollen sie, die Fraktionsmitglieder der Fraktion der Grünen, später einmal ihren Bürgern erklären, dass sie aus Gründen des Klimawandels den „Wandel der Zeit“ in unserem Dorfkern nicht mittragen wollten?

Nahezu jeder Bürger, der gefragt wird, ist mit der aktuellen Innerortsgestaltung nicht mehr einverstanden. Dafür ist nicht nur der „Kirchner-Bau“ verantwortlich. Eine effektive Verkehrsberuhigung, die kindgerechte Platzgestaltung an der Kirche, optische Aufwertungen des Straßen- u. Gehwegbelages, und mehr Grünpflanzen im Ort stellen in Aussicht, dass Ostbevern ein „neues Wohnzimmer“ erhält.

Leider wurde im vergangenen Jahr verwaltungsseitig schon viel Zeit verloren. Der Bewilligungsbescheid über 1,2 Mio.€ erwartet die Fertigstellung der Maßnahme spätestens im Jahr 2025. Große Hoffnung setzen wir in den verwaltungsseitig beauftragten, externen Projektleiter, der für das Ingenieurbüro NKL eine gute Arbeit abliefert.

Genauso richtig ist es im Zuge der Innerortsanierung die Implementierung eines Nahwärmenetzes zu berücksichtigen. Dabei zeigen unsere Stadtwerke Ostmünsterland, dass sie ein echter „Regional Player“ sind und das Risiko der Investition in die Nahwärmeleitung nicht scheuen.

Die Beverhalle ist nach jahrelangem Verschieben wieder als Sportstätte mit entsprechenden Besuchermöglichkeiten herzurichten. Durch die notwendige und verabschiedete Sanierungsmaßnahme – schon im Jahr 2017 - erfährt die Halle endlich auch Ihren ursprünglich geplanten Nutzungszweck als Versammlungsstätte. Bedauerlich ist, das durch Untätigkeit der Verwaltung abermals die Kosten über die allg. Preissteigerungen hinaus, in das fast nicht mehr Verantwortliche steigen. Wie „teuer“ wollen wir noch warten?

Der Rückhalt des Beschlusses aus dem Jahre 2017 und Folgejahren bröckelte schon. Der FDP musste schon arg ins Gewissen geredet werden, damit sie ihren Antrag auf erneuter Baubeginn-Verschiebung auf 2024 zurückgezogen hat.

„Das Beverbad ist zwingend auf wirtschaftlich vertretbare und zukunftsweisende konzeptionelle Füße zu stellen. Das Defizit muss im kommenden Jahr, wie in dem Antrag der CDU Fraktion vom 20.12.21 gefordert, um mindestens 150.000 € geringer ausfallen.“ So genau war unsere Formulierung aus der HH-Rede 2022. Was werden uns die Zahlen der Jahresrechnung 2022 präsentieren? Höhere Ausgaben als im BBO-Haushalt eingestellt. Und auch 2023 fällt der prognostizierte Verlust nochmals höher aus, als vertretbar! Von der CDU-Fraktion – in Abstimmung mit der FDP - ausgearbeitete Sofortmaßnahmen für unbedingt notwendige Verbesserungen wurden zwar parlamentarische in den Beratungen aufgegriffen, doch von deren



Wirkung spüren wir monetär in den Jahreszahlen des Bades so gut wie nix! Bemühungen um den Verlusten des Beverbades entgegenzuwirken sind für uns nicht erkennbar.

Zwar gab es im vergangenen Jahr einen Workshop, der auf die Zukunft ausgerichtet, neue Konzepte erarbeitet hat. Allerdings sind das alles Luftblasen, die zerplatzen, wenn keine Fördergelder zu akquirieren sind.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Badgeschäftsführung!

Sollten wir nicht in dieser defizitären Misere bis zum Ende des jetzigen Jahres 2023 erhebliche Einsparungen hinbekommen, dann werden SIE gezwungen sein und „den Stöpsel zu ziehen“ und „legen das Becken trocken“!

So lustig diese Wortwendungen auf die prekäre Finanzsituation unseres Beverbades anzuwenden sind, so lustig ist es uns damit überhaupt nicht. „Wir ertrinken im Defizit“ und schauen einfach nur zu, wie uns das „Wasser bis zum Halse“ steht. Das müssen wir ändern, bevor andere Verantwortliche uns – zum Beispiel in einer Haushaltssicherung - das Beverbad schließen werden. Sollte uns die zeitnahe Wiederbelebung des Badbetriebes nicht gelingen, brauchen wir auch nicht darüber nachdenken, Schönheitsoperationen mit viel „Förder“-geldern zu terminieren.

Herr Bürgermeister, lassen auch sie Erkennen wie sehr auch ihnen die Erhaltung der Beverbades am Herzen liegt: Endlich Taten statt zusehen und Warten.

Investitionen in das Klima

Seit September des letzten Jahres ist die Stelle des Klimamanagers wieder unbesetzt. Bemühungen seitens der Verwaltung hier zeitnah für eine Neubesetzung zu sorgen sind bis heute nicht erkennbar. Wir als Politik stellen Gelder bereit um den Arten- und Klimaschutz in unserer Gemeinde mit Hochdruck voranzubringen.

Die Vorstellung der Vorschreibung des Klimaschutzkonzeptes enthält keine neuen Erkenntnisse. Hier gilt es aber schnell und zeitnah endlich neue Projekte voranzubringen. Durch Konzepte und Worte schaffen wir keinen Klimaschutz. Hier müssen Taten folgen!

Schulentwicklungsplanung / Sofortmaßnahme Pavillon:

Die Leitungen aller Schulen in unserer Gemeinde haben uns in der letzten Sitzung des Bildungs-, - Generationen und Sozialausschuss wiederholt auf die angespannte räumliche Situation in den Schulen aufmerksam gemacht.

Räumlichkeiten in allen Schulen fehlen. Die einst als Provisorium errichteten Container an der JAS zeigen deutliche Alterserscheinungen. Zustände denen schnell entgegengewirkt werden muss. Das Thema und die Notwendigkeit waren schon ein Schwerpunktthema des letzten kommunalen Wahlkampfes. In diesem Zusammenhang haben auch sie Herr Bürgermeister bereits für sich dieses Thema aufgegriffen. Seitdem sind nun fast 2,5 Jahre vergangen. Viel weiter sind wir nicht!

Zumindest die Politik hat hier ihre Hausaufgaben gemacht. Alle bislang erforderlichen Beschlüsse wurden schnell gefasst und durch alle Fraktionen einvernehmlich getragen. Beteiligungen an Arbeitskreisen erfolgten über alle Fraktionen hinweg.



Sie Herr Bürgermeister tragen die Verantwortung, dass die Rahmenbedingungen für eine gute Beschulung unserer Kinder weiterhin gewährleistet ist. Werden sie dieser Aufgabe gerecht!

Organisation u. Personal in der Verwaltung

Im Haushalt werden 5,74 Stellen mehr ausgewiesen.

Worin all diese begründet sind, erschließest sich für uns aus dem Haushalt heraus nur bedingt. Haushaltstechnisch würden wir Ihnen hier am liebsten einen Sperrvermerk drauflegen.- Geht aber nicht! – das wissen wir!

Um ihnen aber, Herr Bürgermeister, einen wie gewünscht gestalterischen Spielraum zu bieten, stimmen wir dem Ansatz im Haushalt in der Form zu. Vor der tatsächlichen Umsetzung einer geänderten Personalorganisation und -struktur erwarten wir jedoch, diese mit den politischen Gremien abzustimmen.

Versäumnisse sehen wir jedoch zurzeit darin, dass die Stellenausschreibungen, der zum Ende dieses Jahrs zu ersetzenden Schlüsselstellen in der Verwaltung, nicht bereits erfolgt sind. Es ist in Ihrer Verantwortung die umfangliche Einarbeitung der Nachfolger / innen sicherzustellen.

Unser Fazit der Haushaltsdiskussionen:

Eine, durch den Bürgermeister geprägte Richtung ist in dem Haushalt nicht erkennbar. Eigene Ideen oder auch Projekte – Fehlanzeige!

In der Fraktion haben wir intensiv darüber diskutiert, ob wir dem Haushalt nach Abschluss und den Ergebnissen der Haushaltsdebatten zustimmen können.

Das Meinungsbild tendierte hier zwischen Ablehnung, um die Unzufriedenheit gegenüber der Umsetzung von Beschlüssen zum Ausdruck zu bringen, bis hin zur Zustimmung, da die defizitäre Darstellung durch eine Inanspruchnahme aus der noch vorhandenen Ausgleichsrücklage möglich ist.

Allerdings setzen wir auf die Erkenntnis der vergangenen Jahre, dass es nicht zu allen Ausgaben kommen wird und auch die Haushaltsansätze der Einnahmen übertroffen werden! Sprich weniger Kosten – höhere Erträge!

Als größte Partei tragen wir auch die größte Verantwortung dafür, dass die Grundlage geschaffen wird, Themen und Projekte voranzubringen. Blockieren - und somit dem Haushalt nicht zuzustimmen - ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
wir gehen fest davon aus, dass Sie unsere Anmerkungen und Vorbehalte zu den jeweiligen Punkten ernst nehmen werden. Dafür erhalten Sie von uns nochmals einen Vertrauensvorschuss!

Wir stimmen deshalb diesem Haushalt 2023 zu.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.
Wolfgang Weglage
Michael Füssel